

Ärztin, Interessenvertreterin und Mutter: Sabine Oberhauser weiß, was derzeit im Gesundheitssystem falsch läuft

Wien (SK) - Die Ärztin Sabine Oberhauser kandidiert auf der Bundesliste der SPÖ und wird aller Voraussicht nach dem nächsten Nationalrat angehören. Am Dienstag hat sie in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures ihre Vorstellungen von Gesundheitspolitik präsentiert. Klar ist für sie, dass die Belastung durch Selbstbehalte mit mittlerweile 30 Prozent deutlich zu hoch ist. ****

Oberhauser hat sich ihr Medizinstudium als Krankenschwester finanziert, kennt daher auch diesen Bereich im Gesundheitswesen aus eigener Erfahrung; später hat sie als Kinderfachärztin gearbeitet. 1998 wechselte Oberhauser in die Interessenvertretung der Ärzte im ÖGB. Parallel dazu hat sie an der WU Wien ein Master-Studium für Krankenhausmanagement absolviert. Neben ihren fachlichen Erfahrungen weiß sie aber auch "als Mensch und Mutter", was derzeit im Gesundheitssystem falsch läuft.

Unter Spitzenmedizin verstehe die ÖVP "Medizin für die Spitze der Bevölkerung", so die Kritik der Ärztin. Die Österreicher müssen sich mittlerweile 30 Prozent der Gesundheitsleistungen aus eigener Tasche bezahlen, das ist im EU-Vergleich einer der höchsten Werte.

Bei der Finanzierung hält Oberhauser der Regierung vor, dass sie die Krankenkassen eben durch gesetzliche Maßnahmen an den Rand des Ruins gedrängt habe. Das sei eine "relativ feige Geschichte", so Oberhauser. Diese Kritik komme nicht nur aus der SPÖ, denn auch der Obmann der Vorarlberger Gebietskrankenkasse hat vor kurzem in einer Aussendung klargestellt, dass ohne die gesetzlichen Maßnahmen der Regierung Schlüssel die Krankenkassen positiv bilanzieren könnten.

Gar kein Verständnis hat Oberhauser für das BZÖ. Für diese Partei bestehe Gesundheitspolitik offensichtlich ausschließlich aus Appellen zu mehr Bewegung und gesunder Ernährung. Beides sei natürlich wichtig, aber sehr viele Menschen können es sich nicht aussuchen, und diese Menschen würden von den Regierungsparteien im Stich gelassen. (Schluss) wf

Rückfragehinweis:

Pressedienst der SPÖ

Tel.: 01/53427-275

<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0153 2006-09-19/12:36

191236 Sep 06

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060919_OTS0153